

Antrag für die Mitgliederversammlung der OFFENEN KIRCHE

Notwendige Wiederbesetzung des Friedenspfarramtes der Evangelischen Landeskirche in Württemberg

Der Bedarf nach einer kirchlichen Stimme für den Frieden in dieser Welt ist stark angestiegen. Deshalb fordert die OFFENE KIRCHE den Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (ELKWÜ) dazu auf, umgehend das Friedenspfarramt der ELKWÜ auszuschreiben und neu zu besetzen.

Begründung:

Friede als kirchliches Arbeitsfeld ist ein herausforderndes zentrales und wichtiges Thema:

- Wir blicken mit Schrecken auf das Ende des militärischen Einsatzes in Afghanistan: 20 Jahre Präsenz von Militär haben keine demokratische und friedliche Gesellschaft entstehen lassen. Es braucht die gesellschaftliche Debatte darüber, welche außenpolitische Mittel nach dem Scherbenhaufen in Afghanistan jenseits von militärischen Maßnahmen denkbar und sinnvoll sind. Es braucht hierfür Impulse und eine hörbare kirchliche Stimme, gerade in Württemberg.
- Auch wenn in den Jahren 2020 und 2021 deutsche Rüstungsexporte rückläufig sind, braucht es die fortwährende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Waffenlieferungen auch aus Württemberg. Die Mitgliedschaft der ELKWÜ in der Organisation „Aktion Aufschrei!“ wird durch die Nichtbesetzung des Friedenspfarramtes ausgehöhlt.
- Das Friedenspfarramt hat sich längst von der Begleitung von Wehrdienstverweigerern emanzipiert: Die Relevanz bspw. der Arbeit im Bereich der Friedenspädagogik (am ptz) zeigt, dass es eine ungemeine Entfaltungsmöglichkeit für das Friedenspfarramt in Zusammenarbeit mit Friedensbeauftragten und Ehrenamtlichen in den Kirchenbezirken der ELKWÜ besteht. Dieses Engagement von Pfarrer*innen und Ehrenamtlichen darf nicht durch die Nichtwiederbesetzung der Pfarrstelle geschwächt werden.
- Der innere, gesellschaftliche Friede ist auch durch die Corona-Pandemie massiv gefährdet: die soziale Spaltung der Gesellschaft hat sich verschärft, Konflikte über Corona-Maßnahmen werden mit neuer Heftigkeit ausgetragen. Der gesellschaftsdiakonische Beitrag der Evangelischen Kirche zur Überwindung des gesellschaftlichen Unfriedens muss deutlich verstärkt werden.
- Friede wird zum Deckmantel demokratiefeindlicher Arbeit. Die Verwendung des Begriffs „Frieden“ ist spätestens seit den Friedensmahnwachen 2014/2015 mit der Forderung nach einem Friedensvertrag und im Bereich der Querdenken-Demonstrationen 2020/2021 in schwieriges Fahrwasser geraten. In Reichsbürgerszene, Rechtspopulismus bis in den Bereich der rechten Esoterik wird positiv auf den Begriff „Friede“ zurückgegriffen. Es braucht daher endlich die fortwährende inhaltliche Auseinandersetzung darüber, was zum Frieden notwendig ist

Daher fordert die OFFENE KIRCHE mit Nachdruck die sofortige Wiederbesetzung der aktuell vakanten Stelle des Friedenspfarramtes!